



BUNTEZEITUNG

ZUR KOMMUNALWAHL AM 9. JUNI 2024

Heidelberg ist eine schöne Stadt. Heidelberg ist eine Stadt, in der sich ihre Bewohner wohlfühlen. Dies hat nicht nur mit dem vielfältigen Angebot an Kultur und sozialer Begegnung zu tun. Das verdankt sie auch ihrer baulichen Struktur und ihrem Umland, ihrer Lage am Rande des Odenwaldes am Eintritt des Neckars in die Rheinebene, ihrem Grüngürtel im Norden, Westen und Osten, den bewaldeten Odenwaldhängen. Es hat zu tun mit der historischen Altstadt, mit den Kernen der alten Stadtteile, mit einem geschlossenen Stadtteil der Gründerzeit und des Jugendstils.

Die Stadt hat diese historischen Bauten und Anlagen größtenteils unter Schutz gestellt (Gesamtanlagenschutzsatzungen, Erhaltungssatzungen). Soweit nötig, sollten diese durch weitere Satzungen ergänzt werden, etwa in Wieblingen. In den letzten zehn Jahren hat – zuerst mit der Bahnstadt, dann mit den Konversionsflächen – eine Phase intensiven Städtebaus begonnen. Insgesamt sollen Flächen von rund 300 ha neu besiedelt werden. Dies ist eine Fläche, die fast doppelt so groß ist wie die Stadterweiterung durch die Weststadt um 1900.

Aus unserer Sicht ist damit die Siedlungsentwicklung in Heidelberg im Wesentlichen abgeschlossen. Die Grünzonen Handschuhheimer Feld, Pfaffengrunder und Kirchheimer Feld, der Bereich zwischen Kirchheim und Kirchheimer Hof sowie die Freiflächen um Wieblingen müssen aus Gründen des Klimaschutzes, für die lokale Produktion frischer Lebensmittel, als Naherholungsgebiete und Biotope von einer Besiedelung und gewerblichen Nutzung ausgeschlossen werden.

Auch die innerstädtischen Grünflächen müssen erhalten bzw. erweitert werden. Nur so kann den lokalen Folgen des Klimawandels begegnet werden. Dies betrifft sowohl das Lokalklima wie auch die Grundwasserneubildung.

Grundsätzlich ist für neue Bebauung eine Netto-null-Neuversiegelung einzuhalten. Eine flächenhafte Versiegelung von Plätzen (Gadamer Platz, Der andere Park, Europaplatz) darf es nicht mehr geben. Eine weitere Zersiedelung der Odenwaldhänge muss durch baurechtliche Maßnahmen begrenzt bzw. verhindert werden. ●

Eine schöne Stadt an den Grenzen des Wachstums

Die Grünzonen um Heidelberg erhalten



Wohnen, Arbeiten und Verkehr

Auf den Konversionsflächen generell 40% preisgebundene Wohnungen bauen



Foto: bibiphotostock.adobe.com

In Heidelberg arbeiten 120 000 Menschen, davon pendeln mehr als 60 000 aus dem Umland ein. Von den rund 40 000 Studierenden und Auszubildenden in Heidelberg kommt die Hälfte aus dem Umland. „Pendlerhauptstadt“ wurde Heidelberg in den Medien genannt, die Stadt mit den höchsten Pendlerzahlen bezogen auf die Einwohnerzahl.

Beides, hohe Mietpreise und hohe Pendlerzahlen, hängen miteinander zusammen. Über Jahrzehnte hat die Zahl der Arbeits- und Ausbildungsplätze in Heidelberg zugenommen, ohne dass die Wohnbevölkerung wesentlich gewachsen wäre. Die Arbeitsplätze nahmen vor allem im Bereich der Universität, des Universitätsklinikums und universitätsnaher Betriebe zu. Diese höher qualifizierten Arbeitnehmenden haben auch ein überdurchschnittliches Einkommen. Die hohe Nachfrage führt zu einem erheblichen Anstieg der Mieten in der Stadt. Für Heidelbergerinnen und Heidelberger mit geringerem Einkommen wird es zunehmend schwierig, diese Mieten zu bezahlen. Sie ziehen ins Umland und verursachen damit noch mehr Pendlerverkehr.

Der Abzug der amerikanischen Streitkräfte hätte die Chance geboten, dieses Ungleichgewicht zumindest teilweise zu beheben. Neben der Bahnstadt mit rund 100 ha, die ab 2008 entwickelt wurde, standen damit zusätzlich 180 ha Konversionsfläche zur Verfügung. Eine Fläche, die der Grundfläche der Heidelberger Altstadt entspricht.

Vor allem Wohnungsbau in der Bahnstadt und auf den anderen Konversionsflächen – dies war anfangs das erklärte Ziel der Stadt. Und kostengünstig sollten die Wohnungen sein. Preiswerte Renovierung und ein schrittweiser Umbau der

Entwicklungsgebiet	Bewohner (geplant)	Arbeitsplätze (geplant)
Bahnstadt	6.800	6.000
Mark Twain Village + Campbell Barracks	4.500	2.000
Patrick Henry Village (PHV)	10.000	5.000
Patton Barracks (HD Innovation Park)	0	3.500
Wohnsportpark Kirchheimer Weg	2.400	0
Hospital	1.800	0
Airfield	?	?
Universitätscampus (zusätzlich)	750	12.000
Summe	26.250	28.500

Daten: Stadtplanungsamt, Stand Januar 2024

Armeesiedlungen war die Devise. Davon ist wenig geblieben, es wurde flächenhaft abgerissen und neu gebaut. Statt überwiegend Wohnungen, sind nach den bisherigen Planungen Gewerbeflächen für mehr Arbeitsplätze vorgesehen, als später Menschen dort wohnen sollen. Der Wohnungsmarkt wird also nicht entlastet und die Zahl der Pendler wächst.

Wir haben immer wieder angemahnt, mehr Wohnungen zu bauen. Es müssen in dieser Situation wenigstens Wohnungen für doppelt so viele Menschen gebaut werden, wie neue Arbeitsplätze entstehen.

Nach 2005 hat sich die Zahl der kostengünstigen preisgebundenen Wohnungen zeitweise erheblich verringert, weil die Preisbindung auslief und nicht ausreichend geförderte Wohnungen neu gebaut wurden. Wenn die Mietpreisbindung wegfällt, führt dies in der Regel alle drei Jahre zu einem Anstieg der Bestandsmieten um 15%, bis die ortsübliche

Vergleichsmiete erreicht ist. Bei Neuvermietung wird gleich zu Mietspiegelmiete vermietet.

Andererseits kann die städtische Wohnungsbaugesellschaft **preisgebundene Wohnungen** ohne städtischen Zuschuss bauen, sofern ausreichend Fördermittel beim Land zur Verfügung stehen. Die Stadt bekommt zudem beim Kauf der Konversionsflächen von der BIMA einen Nachlass von 25 000 Euro für jede neu erstellte preisgebundene Wohnung. In den zuletzt überplanten Konversionsflächen wurden aber lediglich 20% geförderte Wohnungen vorgesehen. Diese Wohnungen sind nach den neuen Förderbedingungen auch für viele Menschen mit mittlerem Einkommen zugänglich. Die Zahl der Anträge ist allerdings um ein Vielfaches höher als die Zahl der verfügbaren geförderten Wohnungen.

Wir fordern deshalb, auf den verbleibenden Konversionsflächen generell 40% preisgebundene Wohnungen zu bauen. ●

Inhalt

Wohnen, Arbeiten und Verkehr	2
Klimaschutz	3
Klimawald oder Klimawäldchen	3
Erweiterung der SRH	4
Städtischer Grundbesitz	4
Eine Stadt für alle	4
Solidarität	5
Frieden	5
Masterplan Neuenheimer Feld	6
Windenergie	6
Ehrliche Finanzen	6
Baudenkmäler	7
Stadthalle	7
Öffentlicher Raum	8
Providenzgarten	8
Völkerkundemuseum	8
Europäische Kulturhauptstadt	8
Verkehrswende	9
Biodiversität	10
Brücke und Seilbahn im Naturschutzgebiet	10
Demokratie	11
Wahl der Bunten Linken	11
Kandidat*innen	12

Impressum

Hrsg. Bunte Linke
 Bündnis für Demokratie,
 Solidarität, Umwelt und Frieden
 Kaiserstr. 62
 69115 Heidelberg
<https://bunte-linke.de/>
BunteLinke@gmx.de
 V. i. S. d. P.
 Dr. Arnulf Weiler-Lorentz

In unserer Wahlzeitung können wir nicht zu allen wichtigen Problemen in der Stadt Aussage machen. Schreiben Sie uns, wenn Sie Fragen haben. Wir antworten gerne. Oder kommen Sie zu einer unserer Dienstagssitzungen:
 Laden für Kultur&Politik
 Kaiserstr. 62, 69115 Heidelberg, 20 Uhr.

Spendenkonto:
 Postbank Stuttgart
 IBAN: DE15 6001 0070 0017 7787 07

Quellen:
 Soweit nicht anders angegeben:
 Bunte Linke

Druck:
 Schmid Otreba Seitz
 Medien GmbH & Co. KG
 68239 Mannheim

Klimaschutz: Der Plan ist gut – das Ergebnis ungenügend

Bereits 2014 formulierte die Stadt Heidelberg im Masterplan 100% Klimaschutz ehrgeizige Ziele für den Klimaschutz: Durch ein breites Bündel von Maßnahmen sollte der Energieverbrauch in der Stadt bis 2050 um 50% reduziert werden, der CO₂-Ausstoß um 95%. 2019 wurden diese Vorgaben verschärft und das Klimaneutralitätsziel auf 2040 vorgezogen.

Der Trend der Entwicklung mit den bisherigen Maßnahmen reicht bei weitem nicht aus, um die angestrebten Ziele zu erreichen. Die Maßnahmen, die die Stadt ergriffen hat, um bei ihren eigenen Immobilien energetisch zu sanieren und mit klimaneutraler Energie (Strom und Wärme) zu versorgen, führten seit den 90er Jahren zu einer Verminderung des CO₂-Ausstoßes von 60%. In anderen Sektoren muss erheblich nachgebessert werden. Dies betrifft vor allem die energetische Sanierung und den Ausbau der Fotovoltaik bei privaten Gebäuden und der Universität. Auch die städtische Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz (GGH) hat hier einen erheblichen Nachholbedarf. Im Sektor „Verkehr“ sind die Erfolge besonders gering (s. a. „Verkehrswende JETZT“).

Bahnstadt und Konversionsflächen

In der Bahnstadt besteht die Vorgabe, alle Gebäude im Passivhausstandard

zu erstellen. Unverständlich ist, dass die Stadt diesen Standard nicht auf alle neu erstellten Gebäude auf den Konversionsflächen übertragen hat. Er wurde bisher nur auf dem Gewerbegebiet „Heidelberg Innovation Park“ vertraglich mit den Käufern vereinbart. Schon auf der Fläche „Hospital“ wich der Gemeinderat wieder von diesem Grundsatzbeschluss ab. Wir fordern, dass bei Neubau zum Passivhausstandard zurückgekehrt wird und dass insbesondere bei Patrick Henry Village nicht erneut davon abgewichen wird.

Solarenergie

Heidelberg hat ein Kataster der Dachflächen, die für die Nutzung von Solarenergie infrage kommen. Allerdings hat dies nicht dazu geführt, dass solche Anlagen auch in größerem Umfang installiert wurden. Bisher wird nur ca. 5% dieses Potenzials zur Stromerzeugung mit Fotovoltaik in Heidelberg genutzt. Dies gilt sowohl für private Gebäude als auch für die der städtischen Gesellschaft für Grund und Hausbesitz (GGH). Für die privaten Gebäude gibt es das Förderprogramm „Rationelle Energieverwendung“, das besser ausgestattet und stärker beworben werden muss.

Für die GGH hat der Gemeinderat inzwischen auf Antrag der Bunten Linken beschlossen, die GGH solle hierzu vermehrt das Angebot Dritter nutzen, solche Anlagen zu installieren und zu betreiben.

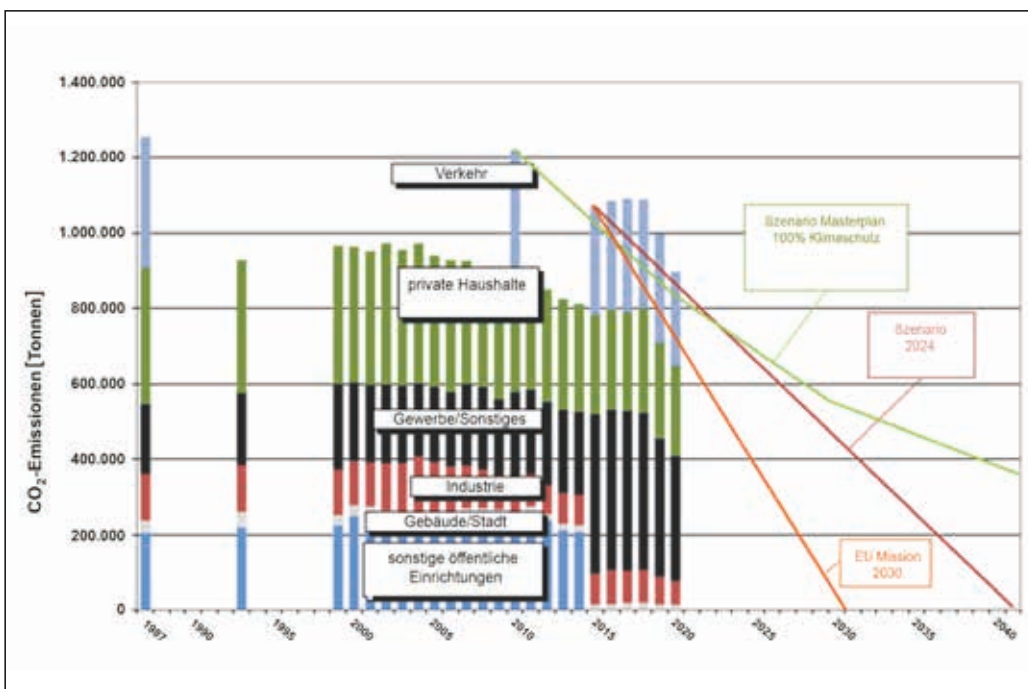
Stadtwerke

Die Stadtwerke haben frühzeitig begonnen, in regenerative Energie zu investieren: Holzheizkraftwerk, biogasbetriebene Blockheizkraftwerke, Wärmespeicher, Luftwärmepumpe, Stadtwerke-Kooperation „Trianel Wind und Solar“. Mehr als 50% der Fernwärme werden ohne CO₂-Emission hergestellt, rund 25% in Eigenerzeugung. Die restliche Wärme kommt aus dem Kohle-Großkraftwerk und aus der Abfallverbrennungsanlage in Mannheim.

Die Bunte Linke hat sich zusammen mit dem BUND und der Initiative „Heidelberg kohlefrei“ in den letzten Jahren für Großwärmepumpen aus Fluss- und Abwasser eingesetzt. Wir haben durch Öffentlichkeitsarbeit und Anträge im Gemeinderat inzwischen erreicht, dass eine solche Anlage geplant wird und zwei weitere in der Vorprüfung sind.

Das Fernwärmenetz versorgt die Hälfte der Haushalte mit Wärme. Sein Ausbau erfordert große Investitionen der Stadtwerke und entsprechende Kapitalerhöhungen durch die Stadt. Dies muss eine hohe Priorität im städtischen Haushalt haben.

Was wir vor allem brauchen: Eine Kampagne zur Einsparung von Energie und zur Nutzung regenerativer Energie, die die Bürgerinnen und Bürger zu einer aktiven Teilnahme an Maßnahmen gegen den Klimawandel auffordert! ●



Abgleich der tatsächlichen CO₂-Bilanz mit dem MASTERPLAN-Szenario (grün markiert) sowie dem Ziel der EU-Mission 2030 (orange) und dem Klimaneutralitätsziel 2040 (rot)

Quelle: ifeu 2022

Klimawald oder Klimawäldchen?

Von den vielfältigen Funktionen des Waldes stellen heute die Schutzfunktionen die wichtigsten dar. Die wirtschaftliche Funktion („Holzwirtschaft“) muss demgegenüber zurücktreten.

Wälder sorgen für die Reinhaltung der Luft, sie dienen als Wasserspeicher und als Schutz vor Bodenerosion, tragen zum Erhalt der Biodiversität bei. Im Rahmen des Klimawandels spielen sie eine große Rolle als CO₂-Speicher, sowohl im Baumbestand wie im Boden.

Andererseits leiden die Wälder unter den zunehmenden Temperaturen und der Trockenheit und werden sich dieser Situation anpassen müssen. Laubbäume, insbesondere Eichen und trockenheitsresistente Buchen, werden die Nadelbäume verdrängen. Diesen Anpassungsprozess muss das Forstamt mit geeigneten Maßnahmen begleiten.

Ziel muss sein:

- dichtere, naturnahe Wälder (im Buchenbestand etwa bis 600 m³ Holzbestand /ha)
- geringe forstwirtschaftliche Nutzung naturnaher Bestände
- Erhöhung des Anteils von Bäumen mit höherem Lebensalter mit ihrer Begleitflora und -fauna
- Erhöhung des Totholzanteils auf > 10%
- kein Verkauf geschlagenen Holzes primär zur Verbrennung oder für andere Nutzung von kurzer Lebensdauer
- Erhalt/Schaffung von kleinen Tümpeln oder Waldmooren

Die Pflanzung eines „Klimawäldchens“ im innerstädtischen Bereich leistet keinen wesentlichen Beitrag gegen den globalen Klimawandel. Hier geht es um die Verbesserung des Lokalklimas: Es müssen Grünflächen mit Bäumen erhalten bzw. neu geschaffen werden, die zu kühleren Bereichen in der Stadt führen. ●

Folgen von Bebauung und Klimawandel

Heidelberg ist die heißeste Stadt in Baden-Württemberg.

Beklagenswert ist der Verlust an grünen Wiesen, Bäumen und Äckern in Heidelberg in den letzten Jahren. Dichte Bebauung und Asphalt führen zu drückender Hitze. Die Hitzetage und Dürremonate in Heidelberg haben sich in den letzten 30 Jahren verdoppelt. Wir brauchen deshalb zukunftsweisende Konzepte zum Schutz vor weiterer Versiegelung, Verdichtung oder „industrieller Stadtplanung“ – für eine lebenswerte Stadt. ●

Erweiterung der SRH?

Die private SRH in Wieblingen plant für ihre zukünftige Weiterentwicklung einen Umbau bzw. Neubau von Gebäuden, Straßen und Grünflächen. Die Zielsetzungen sind insbesondere erhebliche Vergrößerung, Modernisierung, bessere Erschließung für den motorisierten Verkehr und räumliche Zentralisierung. Der Bezirksbeirat und die Bürger von Ochsenkopf/Wieblingen sehen das gigantische Vorhaben zum Teil sehr kritisch.

Das Vorhaben

Die Grundidee des neuen Konzepts besteht aus einer Zentralisierung der Bebauung um eine verkehrsberuhigte mittige Grünanlage, die „Grüne Mitte“. Die Bebauung – Bestandsgebäude und Neubauten – soll aus Wohnhochhäusern, Unterrichtsgebäuden und weiteren Einrichtungen der SRH bestehen. Der Rahmenplan sieht den Neubau von 11 Hochhäusern vor, die das Areal punktuell hoch hinaus überragen. Von den 26 bestehenden Gebäuden sollen 17 abgerissen werden, obwohl einige erst vor wenigen Jahren saniert bzw. erweitert worden waren.

Das jetzige Parkhaus soll durch 3 neue ersetzt werden: eines auf der Ostseite, und zwei weitere auf der Westseite, davon eines auf einer landwirtschaftlichen Fläche.

Die Verkehrserschließung soll durch eine neue südliche Halbringstraße erfolgen, mit einem Anschluss an den Rittel im Westen und einer neuen Campus-Zufahrt im Osten. Für die Bauten müssten nach aktuellem Planungsstand 203 Bäume gefällt werden, davon 73 durch die Baumschutzsatzung geschützte Bäume.

Wir fordern:

- Es sollen keine unnötigen Parkhäuser gebaut werden, schon gar nicht auf landwirtschaftlichen Flächen. Stattdessen soll ein **umweltfreundliches Mobilitätskonzept** (ÖPNV, Fahrrad, ...) entwickelt werden.
- **Die landwirtschaftlichen Flächen, die Grünflächen und die Bäume müssen erhalten werden.**
- **Den Empfehlungen des Klimagutachtens von 2015** soll gefolgt werden: Darin wird empfohlen, auf dem SRH-Gelände die vorhandenen Gebäudeabstände zum Neckar hin beizubehalten. Von einer Bebauungsverdichtung wird abgeraten, denn sie würde eine Barriere bilden, die das Klima verschlechtern würde; außerdem sollen die wenigen Grünflächen zwischen den Ortsteilen rund um Wieblingen erhalten werden.
- Verlegungen von Straßen, Wegen und Leitungen für die SRH dürfen nicht mit öffentlichen Geldern bezahlt werden.
- **Öffentlicher Straßenraum muss für die Öffentlichkeit erhalten bleiben:** Der Gutachtweg, der unter der Autobahn hindurch und durch das SRH-Gelände führt, muss als Verbindungsweg zwischen den Ortsteilen erhalten bleiben. Er ist auch Teil des Radwegenetzes.

Die Überdimensionierung des Projekts muss von der SRH zu einem vernünftigen, menschenwürdigen Maßhalten hin abgeändert werden. Wir erwarten, dass sie

dies mit dem Fokus auf Klimaschutz, Bodenschutz, Nachhaltigkeit, Erhalt vorhandener Bausubstanz und Erhalt der Biodiversität plant. Dies würde nicht nur einen Gewinn für die Umwelt, sondern auch für den SRH-Standort als Lern- und Lebensumfeld bedeuten – in unserer Stadt Heidelberg. ●

Städtischer Grundbesitz:

Voraussetzung für preisgünstige Mieten

Wir setzen uns dafür ein, dass Grund und Boden, den die Stadt besitzt, nicht verkauft wird, sondern grundsätzlich in Erbpacht vergeben wird.

Die Kosten von Gebäuden – und damit auch die Kosten von Wohnungen – werden in den letzten Jahren großenteils von den Grundstückskosten bestimmt, die stark angestiegen sind. Da Grund und Boden nicht vermehrbar sind und damit klassische Marktmechanismen nicht greifen, sollte ein erheblicher Teil im Besitz der Stadt sein, also Gemeingut.

Die Stadtpolitik hat im Wesentlichen zwei Möglichkeiten, die räumliche und funktionelle Entwicklung der Stadt zu bestimmen: das Baurecht und den Besitz von Grund und Boden. Dabei lassen sich über den Besitz von Grund und Boden soziale und ökologische Ziele detaillierter und genauer festlegen. Dies ist bei städtischer Infrastruktur wie Straßen, Trassen für den ÖPNV, Plätzen und Gebäuden für öffentliche Einrichtungen offensichtlich. Es gilt

aber auch für private Wohn- und Gewerbegebäude.

In den letzten Jahren haben wir dies auch in Einzelfällen erreicht, vor allem bei Schlüsselgrundstücken. Bei den großen Flächen der Konversionsliegenschaften sind wir allerdings mit dieser Forderung regelmäßig gescheitert. Dies hätte andere Prioritäten in der Haushaltspolitik erfordert. Mit den Ausgaben für das Konferenzzentrum und die Großsporthalle hätte der dauerhafte Besitz eines großen Teils der Konversionsflächen finanziert werden können. ●

Erbpacht

Bei der Erbpacht vergibt der Eigentümer des Grundstücks an den Pächter das Recht, ein Gebäude zu errichten. Übliche vertragliche Regelungen: Dauer des Pachtvertrags zwischen 60 und 99 Jahren, verlängerbar; Pacht 2–5 % des Grundstückswerts, Anpassungsklausel entsprechend Verbraucherpreisindex; soziale und ökologische Einzelregelungen möglich.

Eine Stadt für ALLE

Vielfalt ist Realität und erwünscht. Um sie als Bereicherung erfahren zu können, ist Begegnung gefragt. Dafür braucht es vielfältige Gelegenheiten und Orte, förderliche Strukturen und die Bereitstellung finanzieller Mittel.

Netzwerke – im Sinne sorgender Gemeinschaften – zwischen Verwaltung, Politik, Experten und der Zivilgesellschaft sind zu entwickeln (Prinzip der geteilten Verantwortung). Diese bedarf es vor allem in den Bereichen Unterstützung, Hilfe oder Pflege bei Beeinträchtigungen, Krankheit, Behinderung, sozialen Notlagen oder sonstigen prekären Lebenssituationen, aber genauso in Lebensphasen, in denen ein nachbarschaftliches solidarisches Miteinander zwischen den Generationen besonders willkommen und hilfreich ist.

Partizipation und Inklusion beziehen sich auf alle Menschen in ihren unterschiedlichen

Lebenslagen und Lebensbedingungen, auch auf Menschen, die im Alter z.B. Einschränkungen vor allem im Hinblick auf Gedächtnis und Orientierung entwickeln. Sie sind besonders auf Verständnis und Unterstützung, auf ein solidarisches Miteinander angewiesen, um so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben und teilhaben zu können. Wir wollen eine konzeptionelle Erweiterung der Seniorenzentren in den Stadtteilen zu Bürgerhäusern und Stadtteilzentren. Projekte gemeinsamer Wohnformen werden von uns weiterhin unterstützt. Das Teilen von Ressourcen, Erfahrungswissen u.a. von nicht (mehr) berufstätigen und älteren Bürgerinnen und Bürgern sollte wertgeschätzt und genutzt werden. Ältere und alte Bürgerinnen und Bürger sind zu ermutigen und „anzustiften“, ihr Wissen und Engagement noch stärker für das Gemeinwohl einzubringen. Wir wollen die Möglichkeiten der Anerkennung, auch der finanziellen, für Ehrenamt/bürgerschaftliches Engagement weiter entwickeln.

Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund

Damit Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichen ethnischen, religiösen und weltanschaulichen Hintergründen – vor allem geflüchtete Menschen – von manchen Menschen nicht als Bedrohung, sondern als Chance wahrgenommen werden, braucht es einen offenen und ehrlichen Dialog.

Um anzukommen und Fuß fassen zu können in einer fremden Welt, benötigen Menschen, die ihre Heimat auf der Suche nach einer neuen Perspektive und einem sicheren Ort verlassen haben, Begegnung und Begleitung. Sie brauchen Schutz und Zugang zu allen kommunalen Leistungen wie Bildung oder Gesundheit.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kultur der Gastfreundschaft in unserer Stadt erhalten bleibt – unabhängig vom Aufenthaltsstatus oder der Staatsbürgerschaft – und sich geflüchtete Menschen sicher und willkommen fühlen.

Die Bereitschaft der Stadt, geflüchtete Menschen – z.B. aus dem Mittelmeer gerettete Flüchtlinge – aufzunehmen, erachten wir als humanitäre Pflicht.

Wir unterstützen aktiv Initiativen, Bündnisse und Netzwerke, die sich im professionellen und bürgerschaftlichen Kontext für die Aufnahme, Unterstützung und Integration geflüchteter Menschen sowie gemeinsam mit ihnen für ihre Rechte und Bedürfnisse einsetzen.

Wir engagieren uns bei der Entwicklung Heidelbergs zu einer solidarischen und gerechteren „Stadt für ALLE“. Wir unterstützen den Aus- und Aufbau eines lokalen Netzwerks „Solidarische Stadt Heidelberg“.

Wir fordern:

Als konkrete Einzelmaßnahme soll die Stadt für Lebensbereiche wie Bildung, Gesundheit und Behördenkontakte die Mittel für Sprachmittlungs- und Dolmetschdienste aufstocken. ●

Solidarität

Als Reaktion auf das Erstarken faschistischen Gedankenguts in Deutschland haben sich Institutionen, Gruppierungen und Einzelpersonen zum Heidelberger Bündnis „Kein Schritt nach rechts“ zusammengeschlossen. Wir haben das Manifest im Februar unterzeichnet und sind Teil des Bündnisses.

Bei der vorangegangenen Demonstration „Nie wieder ist JETZT!“, initiiert aus der Zivilgesellschaft heraus, waren über 18.000 Menschen beteiligt. Unser Protest richtete sich nicht nur gegen die AfD. Wir haben vor allem gegen menschenverachtende Politik allgemein demonstriert: Sozialabbau, Produzieren von sozialer Ungleichheit, Ausgrenzung und Armut, rassistische Hetze und den Ausbau des Abschiebeapparats für Geflüchtete. Schließlich wurde mit dem „Rückführungsverbesserungsgesetz“ ein Schritt Richtung „Remigration“ umgesetzt, die von der AfD angestrebt wird.

Wenn die Ampel-Regierung Asylgesetze verschärft und Stimmung gegen Geflüchtete macht, dann normalisiert sie all das, was die Rechten herbeifantasieren. Denn das sind keine Maßnahmen, die die „Demokratie verteidigen“, sondern der AfD Auftrieb geben. Wollen wir den Rechten Einhalt gebieten, müssen wir uns vor allem gegen die Bedingungen stellen, die ihren Aufstieg erst ermöglichen. Denn dieser entsteht nicht in einem politischen Vakuum.

Sozialausgaben einfrieren zu wollen, um die Militärausgaben zu erhöhen, ist brandgefährlich für die Demokratie und ist rechte Politik. Es kann nicht der einzige Weg sein, Konflikte militärisch zu lösen, da dieser zu einer Verrohung, Spaltung, Verschärfung von Verteilungskämpfen und Entsolidarisierung führt.

Kooperation, Zusammenstehen und Solidarität sind die einzigen Möglichkeiten, die großen, mannigfaltigen gesellschaftlichen Krisen zu bewältigen. Solidarität ist keine Tugend, sondern ein politisches Prinzip, eine pragmatische Notwendigkeit.



Demonstration am 20.01.2024: „Nie wieder ist JETZT!“

Es braucht ein Zusammenstehen aller unterschiedlichen Bewegungen, die eine gerechte und lebenswerte Zukunft als Ziel haben. Der zunehmenden Tendenz, alles in schwarz oder weiß, falsch oder

richtig, gut oder böse einzuteilen, muss eine Öffnung für andere Perspektiven, für den Dialog, für eine konstruktive Auseinandersetzung und lebendige Gesprächskultur entgegengestellt werden. ●

Frieden

Friede ist nicht Abwesenheit von Krieg. Friede ist eine Tugend, eine Geisteshaltung, eine Neigung zu Güte, Vertrauen und Gerechtigkeit.

Baruch von Spinoza, 1632-1677

Universelle Menschenrechte und die Würde des Menschen müssen die Grundlage jeglichen Handelns sein – lokal und global. „Frieden muss aktiv vorbereitet und gestaltet werden! Kriege und Waffenlieferungen befördern das alte konfrontative Denken. Kriege sind Irrwege, die nur die stärken, die am Krieg verdienen“, so war im Aufruf zum Ostermarsch Heidelberg 2024 zu lesen.

Kriege töten und zerstören unsere Lebensgrundlagen. Krieg führt zu Hunger, Armut, Flucht und seelischem Leid. Viele Menschen sind der Eskalationsspirale hilflos ausgeliefert.

Die Bunte Linke zeigt sich solidarisch mit allen von Kriegen und Konflikten betroffenen Menschen, z.B. in Afghanistan, Äthiopien, Irak, Israel, Palästina, Kongo, Jemen, Myanmar, Sudan, Syrien und in der Ukraine. Heidelberg leistet seinen Beitrag durch Gewährung von Asyl und Schutz für Menschen, die vor Kriegen fliehen. Die Bunte Linke hat auch deswegen den Bürgerentscheid zum Bau des künftigen An-

kunftszentrums mitten im neuen Stadtteil PHV unterstützt. Die Heidelberger Bevölkerung erleichtert den Menschen das Ankommen, etwa durch Initiativen wie Café Talk und die ehrenamtliche medizinische Betreuung.

Die Gefahr wächst, dass Krieg zu einer atomaren Katastrophe führt. Auch die Klimakatastrophe wird durch Kriege befeuert.

Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, d.h. über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen. Gleichzeitig wird in den sozialen Bereichen, bei Bildung, Infrastruktur und beim Klimaschutz gravierend gekürzt. Diese Lasten werden auf die Bevölkerung abgewälzt.

Die Bunte Linke setzt sich für eine Politik der Entspannung, der gemeinsamen Sicherheit in Europa und der internationalen Zusammenarbeit zur Bewältigung der großen globalen Herausforderungen Frieden, Hunger, Klima- und Umweltschutz und gerechte Entwicklung ein.

Die UN-Charta verbietet Angriffskriege. Sie verpflichtet alle Mitglieder darüber hinaus zu friedlichen Lösungen von Konflikten nicht nur, um Kriegen vorzubeugen, sondern auch, um Wege aus Kriegen her-

aus zu finden. Der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit dürfen nicht gefährdet werden.

Wir benötigen eine grundlegende Abkehr von Kriegslogik und Militarisation. Auch Deutschland muss „friedensfähig und friedensstüchtig“, nicht „kriegstüchtig“ werden.

Hände weg von Kriegsertüchtigung in den Schulen! Wir unterstützen in Schulen eine Kultur des Friedens und nicht den Krieg in den Köpfen der jungen Generation.

Als Teil der Heidelberger Friedensbewegung treten wir ein für:

- Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung sowie gegen Hass und Hetze. „Nie wieder Krieg!“ ist und bleibt für uns handlungsleitend
- Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen, Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen
- Vermeiden von Leid und Zerstörung, statt „Gewinnen um jeden Preis“ – den Frieden gewinnen und nicht den Krieg
- Wir fordern die Bundesregierung auf, sich mit aller Kraft für Verhandlungen und Diplomatie, für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. ●



Auf Initiative der Bunten Linken unterstützt die Stadt Heidelberg den ICAN-Städte-Appell an die Bundesregierung. Mit Beschluss des Gemeinderats am 18.03.2021 mit zwei Gegenstimmen wurde Folgendes beschlossen:

„Die Stadt Heidelberg ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Windenergie im Wald oder in der Ebene?

Zur Verminderung der CO₂-Emissionen bei der Stromerzeugung müssen alle Bundesländer und Regionen mit Windkraftanlagen einen Beitrag leisten.

Der Verband Region Rhein-Neckar (VRRN) erhielt den Planungsauftrag, im baden-württembergischen Teil der Metropolregion 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie bereitzustellen. Es sollen „Konzentrationszonen“ zur Standortsicherung in den Flächennutzungsplänen ausgewiesen werden. Dort können dann solche Anlagen ohne weitere aufwendige Prüfungen gebaut werden; außerhalb dieser Flächen sind sie dann nicht mehr privilegiert zulässig.

Im Regionalplan Rhein-Neckar sind hierzu harte und weiche Ausschlusskriterien formuliert. Harte Ausschlusskriterien sind insbesondere bestehende oder geplante bauliche Nutzung, 700 m Abstand zu geschlossenen Wohnsiedlungen, Infrastrukturtrassen und naturschutzrechtliche Schutzgebiete. Weiche Ausschlusskriterien sind lediglich restriktiv gemeinte Kriterien (z. B. nicht wenigstens drei Anlagen möglich, Abstandsregeln zur Bebauung, besondere Blickbeziehungen zu Kulturdenkmälern, Naturraumeinheit Bergstrasse und Neckartal).

Wir werden unsere Entscheidung von den Ergebnissen im Planfeststellungsverfahren, den noch ausstehenden Gutachten und den Windmessungen in den möglichen „Konzentrationszonen“ abhängig machen. Kontrovers diskutiert werden vor allem die Standorte „Im Wald“ (in der Regel auf Höhenlagen) versus „In der Ebene“ (meist auf landwirtschaftlich genutzter



Windräder in der Ebene

Fläche). Da auf Bergen die Windgeschwindigkeiten höher sind, werden Windkraftwerkstandorte bevorzugt dort geplant. Wälder sind jedoch in Bezug auf das Klima Wärmepuffer, Wasserspeicher und Kohlenstoffsinken. Sie werden beim Bau von Windkraftanlagen durch Rodung, durch Zuwegung (geschotterte Wege), durch Geländeneivellierung und Stromtrassen geschädigt.

Gipfel und Höhenzüge sind oft die schönsten und einsamsten Waldlandschaften, die häufig auch eine hohe Biodiversität aufweisen. In der Ebene ist meist die ökologische Wertigkeit der Flächen niedriger, die Wege sind vorhanden, Stromtrassen liegen meist in der Nähe.

Dieser Konflikt zwischen verschiedenen ökologischen Zielen lässt sich nicht aufheben. Das Für und Wider müsste im Einzelfall abgewogen werden. Gerade aber dies ist nach einer Ausweisung von Konzentrationszonen nur sehr begrenzt möglich. Der VRRN hat bisher zudem nur wenige Flächen in der Ebene vorgesehen. Für die vorgesehenen Zonen mit hoher ökologischer Wertigkeit wie Hoher Nistler / Weißer Stein und das FFH-Gebiet Lammerskopf halten wir eine Ausweisung nicht für vertretbar. ●

Umsetzung der Ergebnisse

des Masterplanverfahrens?

Der Gemeinderat hatte im März 2022 beschlossen, dass die Stadtverwaltung aus einer Synthese der Entwürfe Astoc und Höger einen Masterplan erstellt, der in einen Bebauungsplan führt.

Der Prozess der Umsetzung ist kritisch zu betrachten. Mit einer neuen Vereinbarung haben die Projektträger einige Ergebnisse aus dem Masterplanverfahren infrage gestellt, z.B. den Schutz des Hühnersteins im Handschuhsheimer Feld vor einer zeitnahen Bebauung. Der Verlauf des Straßenbahntrags, der Ausbau des Klausenpfades und die Querung des Neckars sind erneut in der Diskussion.

Trotz guter Beschlüsse zur Bürgerbeteiligung und der Vorlage eines praktikablen Konzepts bleibt abzuwarten, inwieweit diese tatsächlich ausgeübt wird. Obwohl die Bürgerbeteiligung bereits mit den Vorwürfen zum Bebauungsplan beginnen sollte, wird stattdessen nichtöffentlich gearbeitet.

Für die Universität und das Klinikum ist diese Vorgehensweise von Vorteil. Können sie so doch stärkeren Einfluss auf den neuen Bebauungsplan nehmen und bis zu seiner Gültigkeit ungehindert weiterbauen.

Die Zielsetzung des Masterplanverfahrens, unter Einbindung aller Akteure und mit Bürgerbeteiligung gemeinsam einen Bebauungsplan für den Campus zu entwickeln, ist damit verfehlt. ●

Straßenbahnring

Seit Jahrzehnten wird über die Straßenbahn im Neuenheimer Feld gesprochen, immer noch ist sie nicht in Sicht. Die Bunte Linke forderte von Anfang an die schnelle Verwirklichung des inneren Straßenbahntrags. Ohne leistungsfähigen Nahverkehr sind die Verkehrsfragen im Neuenheimer Feld nicht zu lösen.

Seilbahn

Das geplante Parkhaus am S-Bahnhof Pfaffengrund-Wieblingen mit Seilbahn ins Neuenheimer Feld widerspricht dem Klimagutachten von 2015. Dieses empfiehlt für die Fläche neben dem Kurpfaltring KEINE weitere Bebauung, da sie eine hohe bis sehr hohe bioklimatische Bedeutung aufweist. Eine Seilbahn zu einem neuen riesigen Parkhaus innerhalb der Stadt ist kein ökologischer Fortschritt. Es wäre nur vermehrter Autoverkehr plus Seilbahn – und schon wieder Flächenversiegelung, Verkehr, Lärm, Abgase. Die angrenzenden Stadtteile wollen nicht zur Einfallsschneise verkommen.

Hühnerstein

Die Umsetzungsvereinbarung lässt die Bebauung des Hühnersteins zeitnah zu. Als Teil des Biotop-Verbundes soll er aber bis 2050 gesichert sein; zugleich wird die Ausweisung als Ausgleichsfläche geprüft. Der Hühnerstein ist von hoher ökologischer Wertigkeit und das Eingangstor für eine Erweiterung des Campus in das Handschuhsheimer Feld. Er muss dauerhaft geschützt werden.

Ehrliche Finanzen

Vernachlässigte Schulräume, zu wenig Sozialwohnungen, nur schleppender Ausbau von erneuerbaren Energien und umweltfreundlicher Mobilitätsinfrastruktur, städtische Verschuldung: Die letzten Haushalte Heidelbergs zeigen, dass die Kommune auch finanziell an ihre Grenzen des Wachstums stößt.

Umso wichtiger ist es, Prioritäten zu setzen. So hat sich die Bunte Linke in der Vergangenheit schon immer für soziale und infrastrukturelle Aufgaben der Daseinsvorsorge stark gemacht, sich gegenüber einigen Prestige- und Großprojekten aber mehr als skeptisch gezeigt.

Dabei müssen wir regelmäßig feststellen, dass trotz landesweit bekannter Fehlalkulationen bei Projekten wie dem Berliner Flughafen, dem Stuttgarter Bahnhof oder der Hamburger Elbphilharmonie, auch auf kommunaler Ebene die Kosten zum Zeitpunkt der Beschlussfindung zu schön gerechnet werden und nach der Projektbewilligung aus dem Ruder laufen. (Ob die Kosten absichtlich niedrig angesetzt werden, um die Zustimmung des Gemeinderats zu erhalten, sei dahingestellt.)

Die folgenden Beispiele der letzten Gemeinderatsperiode zeigen, was wir meinen:

- Stadthalle: Kostensteigerung von 28 Mio. EUR auf 57 Mio. EUR.
- Theater: Kostensteigerung von 25 Mio. EUR in der ersten Schätzung auf letztendlich 60 Mio. EUR.

- Konferenzzentrum: Kostensteigerung von 57 Mio. EUR in der Wettbewerbsplanung auf bisher 114 Mio. EUR.
- Betriebshof: Kostensteigerung von 65,3 Mio. EUR auf bisher 142 Mio. EUR.
- Gneisenaubrücke: Kostensteigerung von 8,5 Mio. EUR auf bisher 18 Mio. EUR.

(Stand März 2024)

Auch die gutgemeinte Beteiligung von Mäzenen an Großprojekten halten wir für zweifelhaft, da häufig erst sie die Realisierung eines Projekts ermöglichen, damit aber demokratische Prozesse beeinflusst, Prioritäten verschoben und Abhängigkeiten geschaffen werden.

In Kostenplanungen müssen zukünftig auch die Folgekosten einbezogen werden, die z. B. für die Unterhaltung der Gebäude und die laufenden Kosten von der Stadt zu tragen sind.

Die Bunte Linke setzt sich für einen ehrlichen Umgang mit dem ein, was wir uns leisten können und wollen, und spricht aus, wenn ein Projekt nicht der Bürgerschaft, sondern anderen Interessen dient (Rendite-, kulturelle oder andere Interessen von Kapitaleignern). Wir brauchen von Beginn an eine seriöse Planung, einen Kostenkorridor von Minimal- bis Maximalkosten auf jeder Planungsstufe und gute Kontrollen. Dabei fordern wir, dass die Heidelbergerinnen und Heidelberger auf dieser Basis bei allen großen Investitionsentscheidungen gefragt werden, ob diese überhaupt gewünscht sind (z.B. Bürgerentscheid ab 20 Mio. Investitionssumme). Die bisher etablierten Bürgerbeteiligungsformate nach Leitlinien sind dazu nur bedingt geeignet. ●

In einer Stadt der Romantik Baudenkmäler pflegen und bewahren

Spätbarockes Fischerhaus in Neuenheim dem Verfall preisgegeben

„Bei dem um 1790 erbauten Haus, das jetzt abgerissen werden soll, handelt es sich um eines der wenigen spätbarocken Gebäude des Dorfes Neuenheim, die bei der umfassenden Neubebauung in der Gründerzeit erhalten geblieben sind. Bei dem Beschluss über die Erhaltungssatzung „Neuenheim – Alter Ortskern“ spielte es eine wesentliche Rolle. Die Stadt muss alle Möglichkeiten des Baurechts und Denkmalschutzes nutzen, um dieses Haus zu erhalten, ggfs. das Kulturdenkmal (Denkmaltopographie 2291) erwerben.“ So schrieben wir in einem Flugblatt für eine Unterschriftenaktion. Zahlreiche Unterschriften, ein Brief des Stadtteilvereins, eine Beratung im Bauausschuss – nichts führte dazu, dass die Stadt sich für seinen Erhalt einsetzte. Heute ist das Anwesen ein Trümmergrundstück.



Fischerhaus vor Abriss Foto: Roswitha Claus

Monumentalität, die Flachdachform und die geschlossene, abweisend aufsteigende Außenfassade fügen sich nicht in die bauliche Situation der Kernaltstadt und der direkten Umgebung ein. Das nach außen wirkende Bild der Altstadt ist erheblich beeinträchtigt. Das neue Gebäude dürfte also aufgrund der Gesamtanlagenschutzsatzung nicht genehmigt werden.*)

Die Bunte Linke begrüßt ausdrücklich, dass das Dokumentationszentrum der Sinti und Roma in Heidelberg angesiedelt ist und bleibt, auch an dieser Stelle. Allerdings muss die Baumasse deutlich verringert und die Fassadengestaltung der Umgebungsbebauung angepasst werden. Wesentlicher neuer Bestandteil ist ein Sitzungssaal für 200 Personen. Mit den bisher durchgeführten öffentlichen Veranstaltungen ergibt sich die Notwendigkeit einer solchen Tagungsstätte nicht. Sitzungssäle dieser Größe gibt es in der Altstadt zudem mehrfach, ein dringender Bedarf ist vom Dokumentationszentrum nicht nachgewiesen worden. ●

*) Gesamtanlagenschutzsatzung § 3: „Gegenstand des Schutzes ist das vorhandene Erscheinungsbild der Altstadt von Heidelberg mit den umgebenden Hanglagen und dem Neckar. Der Schutz umfasst das nach außen wirkende Bild der Altstadt [...]“

Planung für ein neues Dokumentationszentrum der Sinti und Roma

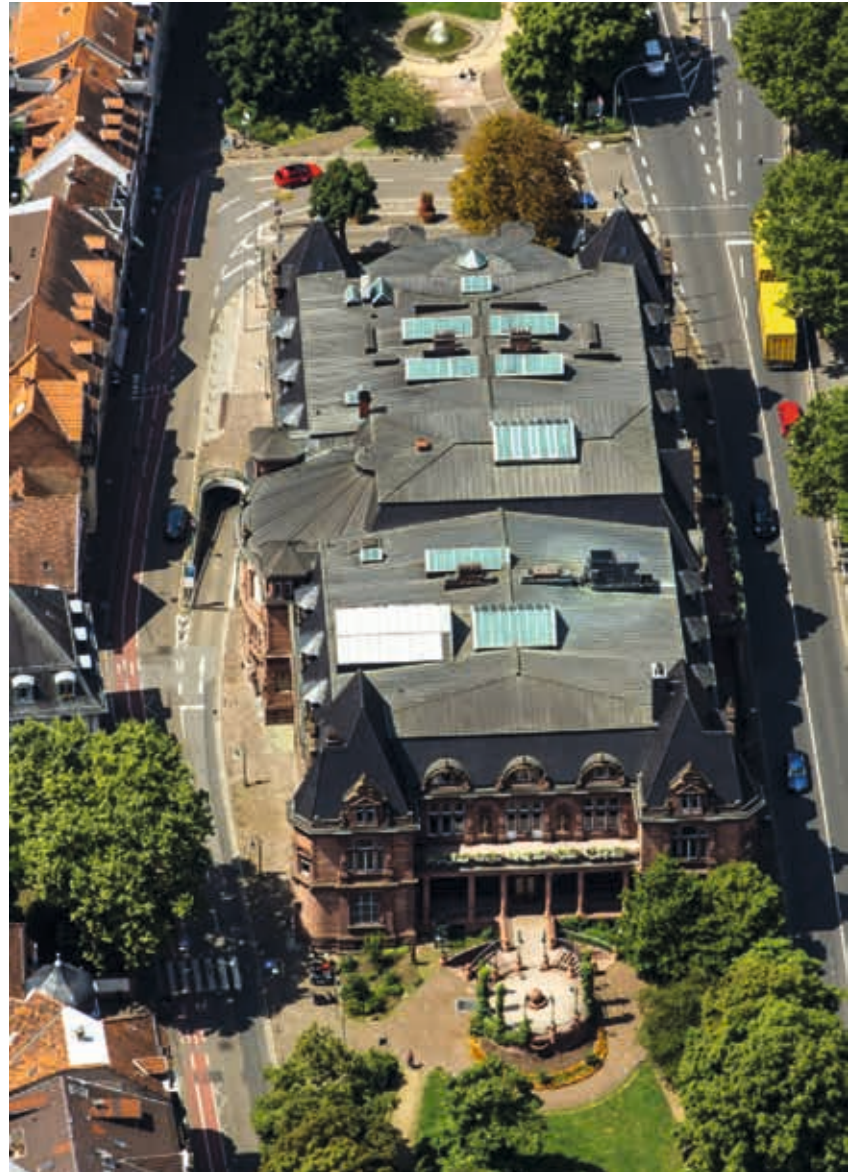
Das Dokumentationszentrum für Sinti und Roma, das in der Altstadt angesiedelt ist, hat einen Vorhabenbezogenen Bebauungsplan beantragt. Das neue Gebäude soll nach dem bisherigen Entwurf eine Nutzfläche von 3100 m² umfassen, rund doppelt so viel wie das jetzige Gebäude. Seine Höhenentwicklung übersteigt die der Umgebungsbebauung deutlich. Der Bau in seiner monolithischen



Geplantes Dokumentationszentrum der Sinti und Roma

Illustration: bez+kock architekten/Renderbar

Stadthalle



So schön war der Montpellierplatz vor dem Umbau. Auf der versiegelten Betonfläche wird wohl kaum etwas wachsen. Foto: Dieter Strommenger

Beim Bürgerentscheid von 2010 wurde der geplante An- bzw. Umbau unserer Stadthalle mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Die Stadthalle war erst einmal gerettet. Doch seit 2019 tut sich Ungeheuerliches.

Die Stadthalle wurde in eine Stiftung überführt, die Bürgerschaft also quasi enteignet. Ein Mäzen trat auf den Plan. Mit dessen Millionen wird seit nunmehr fünf Jahren umgebaut. Wiedereröffnung vielleicht 2025? In der Zwischenzeit wurde im großen Saal der Boden herausgerissen, dort sollen zukünftig Hubpodien eingebaut werden, aus Sicht des Denkmalschutzes höchst fraglich. Den Montpellierplatz gibt es nicht mehr, dort wur-

de mit tausenden Tonnen Beton eine Technikzentrale unterirdisch errichtet. Eine Umweltsünde ohnegleichen. Übrig bleiben wird eine begrünte Dachfläche mit Lüftungstürmen und -schächten. Der Jubiläumsplatz ist seit drei Jahren der Bürgerschaft entzogen. Dort befinden sich das Materiallager und Wohncontainer.

Nach der Wiedereröffnung wird man nicht mehr durch das Foyer in den Großen Saal gehen, sondern durch das Octapharmafoyer in einen Saal, der nun den Namen des Mäzens tragen wird. Ist das uneigennützig? Übrigens, eine Bürgerbeteiligung zu diesem Umbau hat OB Würzner als nicht notwendig erachtet. Es stellt sich die Frage, wie kann man mit soviel Geld so wenig erreichen. ●

Eine Stadt braucht öffentlichen Raum und Debatten

„Merkmale der Gegenwart und der absehbaren Zukunft sind Körperlosigkeit (Fehler oder Vermeiden der physischen Präsenz), Ortlosigkeit (der Aufenthaltsort verliert an Bedeutung; Smartphone und E-Mail-Adresse sind ohne Bezug zu einem bestimmten Ort), Gegenstandslosigkeit (die Gegenstandslosigkeit vermeidet alles Gegenständliche, Greifbare, Fühlbare).“

(Klaus Zimmermann, Zwischen Irdischem und Himmlischem, Wunderhorn-Verlag, 2023)

Diese Merkmale zur Kenntnis nehmend, verteidigen wir die Stadt als Ort der Begegnung in der realen Welt und als Raum zur Einübung in die Kunst des gemeinsamen Lebens von Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen, ökonomischen

Möglichkeiten, sozialen und kulturellen Hintergründen und Herkunft. Eine erfolgreiche Demokratie erlaubt nicht den Rückzug in entfremdete Social-Media-Blasen, sondern die Begegnung von Menschen, eine kritische Debattenkultur, die Wertschätzung anderer, die Verbundenheit miteinander und die Widerstandsfähigkeit gegen gelenkte Interessen.

Dazu braucht Heidelberg öffentlichen Raum ohne Konsumzwang, zum Verweilen in Gesprächen und Gedanken, keine „Event“-Kultur, sondern Orte zum Austausch zur Förderung der Urteils- und Kritikfähigkeit, in einem guten Verhältnis zur Natur.

Heidelberg darf sich auch nicht als Kulisse für Touristen und Tagungsbesucher vermarkten und damit der Ökonomisierung aller Lebensbereiche Vor-

schub leisten. Wir wollen nicht, dass alle Innenstädte gleich aussehen und die gleichen Ladenketten anziehen. Wir wollen auch nicht, dass sich Städte gegenseitig Konkurrenz darin machen, wer die schöneren Konferenzräume anbieten kann.

Die landschaftlichen und städtebaulichen Eigenheiten Heidelbergs, ihre Funktionen und Traditionen, Straßen und Plätze machen sie zu einem komplexen Gefüge, das von jedem, der an ihr und in ihr einschneidende Veränderungen veranlassen will, Verständnis und Behutsamkeit verlangt.

Die Kommunalwahl ist ein Element unserer Demokratie, in der wir die Repräsentanten der Bürgerinnen und Bürger wählen. Demokratie bedeutet aber nicht nur Mitentscheidung, sondern verlangt auch emanzipatorische Prozesse

und Elemente der direkten Demokratie. Dies erfordert eine offene Debattenkultur und eine hohe Aufmerksamkeit der Bürger. Mit Empörung erleben unsere Bezirksbeirätinnen und Bezirksbeiräte in den Stadtteilen immer wieder die Situation, dass sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden und alternativlose Vorlagen nur noch abnicken sollen. Dies hat nichts mit der propagierten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Entscheidungen der Stadt zu tun. Wir treten für eine echte Bürgerbeteiligung ein und unterstützen auch Bürgerinitiativen außerhalb des Gemeinderats als wesentlichen Teil einer kommunalen Mitwirkung. Politische Entscheidungen sollten von einer lebendigen Bürgergesellschaft mitgestaltet werden. Dafür fordern wir nach allen Kräften die Verfügbarkeit von Räumen ohne Konsumzwang in allen Stadtteilen. ●

Providenzgarten endlich öffentlicher Park ...

... dank vieler engagierter Bürgerinnen und Bürger, die sich auf Initiative der CDU-Altstadt und der Bunten Linken nachdrücklich für den Erhalt der Grünfläche und des alten Baumbestands einsetzten.

Geplant war ursprünglich ein größerer Neubau der Kirchengemeinde. Das Pro-

jekt soll jetzt mit einem kleineren Bauvolumen umgesetzt werden. Der größte Teil des Gartens bleibt erhalten. Wesentlich zum Gelingen haben Spenden beigetragen, die die Erbpacht für Jahrzehnte abdecken. Die Bunte Linke hat die Gespräche zwischen Kirche und Stadt über fünf Jahre immer wieder mit Nachfragen und Anträgen im Gemeinderat begleitet. ●

Völkerkundemuseum – ein Kleinod Heidelbergs

Das Völkerkundemuseum ist das Vermächtnis der jüdischstämmigen Eheleute Victor und Leontine Goldschmidt, die bereits 1919 mit ihrem Vermögen und ihren Sammlungen die von Portheim-Stiftung gründeten.

Die Stadt Heidelberg hat eine besondere Verantwortung für diesen kulturellen Schatz. Das Museum folgt einem wichtigen Bildungsauftrag für Menschen aller Gesellschaftskreise und Altersstufen. Es ermöglicht der Bürgerschaft und den Gästen der Stadt, weltoffen der Vielfalt zu begegnen, die unsere Gesellschaft zunehmend prägt. Und es ermöglicht uns, kulturelle Unterschiede und Gemeinsamkeiten zu erkennen und zu verstehen. Dies ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Noch heute leidet das Museum unter den Folgen des Nationalsozialismus und der



Foto: Ph. Rothe

Nachkriegszeit, als das Stiftungsvermögen weiterhin geplündert wurde. Notwendige Umbau- und Reparaturmaßnahmen verschlingen eine Menge Geld, die das Stiftungsvermögen weiter angreifen.

Wir fordern die Stadt und das Land auf, endlich für eine angemessene Finanzausstattung für dieses großartige kulturhistorische Erbe zu sorgen.

Wir sind es den Menschen – nicht nur dieser Stadt – schuldig, dass das Museum als Heidelberger Kulturstätte erhalten bleibt! ●

Heidelberg als „Europäische Kulturhauptstadt“?

Nicht ohne breite Beteiligung!

Man könnte sagen, Heidelberg hat beste Voraussetzungen, um „Europäische Kulturhauptstadt“ zu werden.

Es bietet ein reichhaltiges Kulturangebot, das über die Stadt hinaus von Bedeutung ist, und das die europäische Vielfalt und einen interkulturellen Dialog befördert.

Man denke nur an die Vielfalt der Kinder- und Jugendkultur, der Museen und anderer Ausstellungsorte, der Theaterbühnen, der Musikfestivals, der Filmfestivals, der wissenschaftlichen Vorträge, der Sportveranstaltungen, an die Tanzbiennale, die Fotografie-Biennale, an die Aktionstage Lebendiger Neckar und Heidelberger Herbst, an die Literaturszene (UNESCO City of Literature!) und vieles mehr. Dies alles wird mit großartigem Engagement gefeiert.

Doch der Prozess „Europäische Kulturhauptstadt“ verlangt mehr: Mit Hilfe kultureller Akteure und mit Veranstaltungen sollen strukturelle Stadtentwicklungsdefizite behoben werden. Dazu gehören auch Themen wie Klimawandel, Verkehrswende, kulturelle Bildung, soziale Gerechtigkeit und kulturelle Nutzung der öffentlichen Räume. Heidelberg könnte dann als „Europäische Kulturhauptstadt“



LogoStockimages

im nationalen wie internationalen Erfahrungsaustausch durch Kultur wachsen.

Es ist wichtig, die gesamte Bevölkerung von Anfang an intensiv bereits vor dem Prozess der Bewerbung zu beteiligen, damit das Gemeinwohl nicht aus dem Blick gerät. Die Mitwirkung darf nicht erst bei der Umsetzung und Programmgestaltung erfolgen.

Das ist bisher – Stand April 2024 – nicht in Sicht. Nicht einmal beim ersten Schritt, der Analyse der Strukturen und Untersuchung der Bedarfe soll die Bevölkerung transparent und niederschwellig eingebunden werden. Vielmehr soll in kleinen Zirkeln von Kulturschaffenden nichtöffentlich diskutiert und aufgrund der Ergebnisse beschlossen werden, ob eine Bewerbung erfolgen soll. ●

Verkehrswende jetzt!

An einzelnen Durchgangsstraßen und überregionalen Straßen ist der Verkehr trotz zunehmender Einwohnerzahl etwas zurückgegangen. Von einer Verkehrswende in Heidelberg kann man allerdings nicht reden.

Das hat im Wesentlichen fünf Gründe:

- Heidelberg entwickelt sich immer mehr zur Einpendlerstadt. Das Prinzip „Stadt der kurzen Wege“ wird nicht beachtet. (s. Wohnungen, Arbeitsplätze und Verkehr)
- Auch das Prinzip des Pull-und-Push, d.h. der Ausbau des Umweltverbundes (ÖPNV, Fahrradverkehr, Fußgängerverkehr) zusammen mit einer konsequenten Parkraumbewirtschaftung der Innenstadt und eine Zugangsbeschränkung zur Altstadt für den Autoverkehr wurde bisher nicht ernsthaft verfolgt.
- Park & Ride-Stationen könnten die Pendlerzahlen aus dem Umland verringern. Sie sind allerdings nur sinnvoll, wenn sie außerhalb der Stadt eingerichtet werden, am besten dort wo der Autoverkehr das erste Mal auf ein leistungsfähiges Nahverkehrssystem trifft (Straßenbahn, OEG, S-Bahn).
- Der weitere Ausbau des S-Bahn-Netzes mit einer direkten Verbindung von Hockenheim über Schwetzingen nach Heidelberg muss auf den Weg gebracht werden, um für viele Pendlerinnen und Pendler aus dem südwestlichen Raum eine attraktive Alternative zum Auto zu schaffen.
- Im Neuenheimer Feld mit seinem hohen Verkehrsaufkommen durch Universitäts- und Klinikpersonal, durch Studenten- und Freizeitverkehr wurde über Jahrzehnte eine autoorientierte Verkehrspolitik der 60er Jahre verfolgt, in keiner Weise aber damit begonnen, ein ökologisch orientiertes Verkehrssystem zu verwirklichen.

Beim **Öffentlichen Personennahverkehr** gilt es, als Grundgerüst ein leistungsfähiges **Straßenbahnnetz** zu verwirklichen. Hier ist die **Straßenbahn ins Neuenheimer Feld** das wichtigste und dringendste Element. Als Verbesserung im bestehenden Netz sollte die Linie 26 nach Kirchheim wieder direkt vom und zum Bismarckplatz fahren. Wir haben dies immer gefordert. Die Linienführung durch die Bahnstadt hat sich wegen der längeren Fahrtdauer und der Umsteigebeziehungen nicht be-

währt. Mit der Besiedelung von Patrick Henry Village muss diese neue Siedlung von Beginn an mit einer Straßenbahn erschlossen werden. Der kürzeste Weg hierfür ist eine Verlängerung der Linie 26 über Kirchheim hinaus. Wir erwarten, dass diese Trasse sich auch in einer verkehrlichen Bewertung des Nutzens und der Kosten als die günstigste herausstellen wird.

Die **Buslinien** sollen die Wege abdecken, für die es keine angemessene Straßenbahnverbindung gibt, ansonsten Zubringerfunktion haben. Lange innerstädtische Buslinien (z.B. die Linie 33) sollten gebrochen werden, weil sie besonders verspätungsanfällig sind. Das ÖPNV-Angebot muss auch durch den barrierefreien Ausbau aller Haltestellen zügig verbessert werden.

Der Versuch, die Straßenbahnen und Busse durch **Ampelvorrangschaltung** zu beschleunigen, war bisher trotz neuem Verkehrsrechner und neuen Messeinrichtungen nicht flächendeckend erfolgreich. Manche Straßenbahnen sind heute länger unterwegs als vor zehn Jahren. Dies hat nicht nur längere Fahrzeiten zur Folge, sondern führt auf längeren Strecken auch zu deutlich höheren Kosten. Wir erwarten, dass sich die Ampelschaltungen – vor allem in der Hauptverkehrszeit – an der Zahl der Verkehrsteilnehmenden orientieren, die vor der Ampel warten, so dass dem ÖPNV tatsächlich Vorrang vor dem Autoverkehr eingeräumt wird. Auch die Buslinien müssen von Vorrangschaltungen häufiger profitieren können. Wo möglich und für eine Beschleunigung des Busverkehrs sinnvoll, sollen sie eigene Spuren erhalten.

Der **Betriebshof** stellt das Herzstück eines gut funktionierenden ÖPNV dar. Seine längst überfällige vollständige Erneuerung muss umgehend auf den Weg gebracht werden. Es ist ein Glücksfall für Heidelberg, dass der heutige Standort in der Bergheimer Straße über ausreichend Flächen für die notwendige Erweiterung zur Abstellung der künftigen Fahrzeugflotte mit 50 neuen Straßenbahnen und 30 Elektrobussen verfügt. Die neue Werkstatt mit allen technischen Einrichtungen zur betriebsnahen Instandhaltung und Wartung wird eine hohe Verfügbarkeit der Fahrzeuge garantieren.

Diese zentrale Lage im Heidelberger Verkehrsnetz kann die Anforderungen an eine optimale, wirtschaftliche Betriebsführung am besten erfüllen und gleichzeitig eine größtmögliche Flexi-

bilität insbesondere auch in Störungsfällen garantieren. Zusätzliche dezentrale Abstellanlagen für Straßenbahnen werden weder auf dem Großen Ochsenkopf noch in Rohrbach-Süd für das vorliegende Netzkonzept 2030 – 2050 gebraucht, auch nicht während der Bauzeit. Die Versiegelung von wertvollen Grünflächen kann vermieden werden, wenn der Neubau am Altstandort Bergheim in mehreren Stufen unter effizienter Nutzung der verfügbaren Flächen erfolgt.

Der **Fahrradverkehr** hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Zur Sicherung und weiteren Förderung des Radverkehrs sollten in den nächsten Jahren vor allem die Radwegverbindung Bahnstadt–Bergheim West–Neuenheimer Feld gebaut, die Radwegführung in der Mittermaierstraße (zwischen Hauptbahnhof und Ernst Walz Brücke) und in der Dossenheimer Landstraße verbessert werden. Im Nebenstraßennetz sollten noch mehr Straßen zu Fahrradstraßen werden, u.a. Zeppelinstraße und östliche Vangerowstraße. Für die Plöck und die Kleine Plöck dagegen bietet sich eine Shared-Space-Lösung an. Daneben gibt es zahlreiche weniger kostenträchtige Verbesserungen, die das Verkehrssicherheits-

audit, die AG Rad und der Radentscheid Rad aufgelistet haben.

Stiefkind des Umweltverbundes ist der Fußgängerverkehr. Hier gilt es die Vorschläge des Sicherheitsaudits umzusetzen, aber auch für eine angenehme Umgebung zu sorgen. So liegen am Weg vom Hauptbahnhof zur Innenstadt mehrere Grünflächen und Parks, der Fußweg führt aber an Hauptverkehrsstraßen entlang. Gerade für Ortsfremde ist eine Wegführung entlang wenig verkehrsbelasteter Bereiche eine Einladung in die Stadt.

Für die Altstadt hat der Gemeinderat 2018 eine konsequente Verkehrsberuhigung beschlossen. Dem Gemeinderatsbeschluss ging eine intensive Bürgerbeteiligung voraus. Ziel ist es, den Autoverkehr von auswärtigen Gästen aus dem Innenbereich der Altstadt – insbesondere der Kernaltstadt – herauszuhalten. Dies wird Verkehrssicherheit, Aufenthaltsqualität und Lebensqualität von und Bewohnerinnen und Bewohnern erheblich verbessern. Auch nach sechs Jahren wurden bisher nur drei „Sicherheitspoller“ in der Hauptstraße eingesetzt. Wir fordern, dass die übrigen Maßnahmen zügig in Angriff genommen werden. ●

„Radentscheid“ bringt Bewegung in die Verkehrsplanung

Innerhalb weniger Monate hatte die Initiative „Radentscheid“ 2022 die für einen Bürgerentscheid notwendige Anzahl von Unterschriften gesammelt. Grundsätzliche Forderungen sind, „dass die Freiräume der Stadt wieder den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden. Weniger Lärm und Umweltbelastung durch den motorisierten Individualverkehr, mehr Sicherheit und Raum für zwischenmenschliche Begegnungen. Eine Reduzierung der Geschwindigkeit auf ein menschliches Maß bezogen auf Zufußgehende und Radfahrende. Zur Erhöhung der Lebensqualität und zum Schutz der schwächsten Verkehrsteilnehmer:innen, den Kindern und Senior:innen.“

Auch wenn der Text des Bürgerbegehrens nicht in allen Punkten die gesetzlichen Voraussetzung für einen Bürgerentscheid erfüllte, die politische Wirkung war nachdrücklich. Im Gemeinderat machte sich eine breite Mehrheit die meisten Ziele des Radentscheids zu eigen. Sie reichte von den Grünen und der SPD bis zur Bunte Linke. Einzelne konkrete Maßnahmen wurden umgesetzt, z.T. provisorisch. Weitere sind inzwischen im Haushalt enthalten.



Biodiversität erhalten – auch Aufgabe der Stadt

Massenaussterben
 Einem 2019 veröffentlichten UN-Bericht zufolge sind etwa eine Million von geschätzt acht Millionen Tier- und Pflanzenarten, die es weltweit gibt, vom Aussterben bedroht. Experten sprechen auch vom sechsten Massenaussterben in der Geschichte.



Foto: Elsa Becke

Die biologische Vielfalt hat in den vergangenen Jahrzehnten weltweit dramatisch abgenommen. Besonders ausgeprägt ist der Verlust in besiedelten Flächen.

Vermehrte Nutzung von Land, Umweltverschmutzung und Klimawandel bedrohen die Biodiversität auf unserer Erde. Das EU-Parlament fordert, bis 2030 Renaturierungsmaßnahmen für mindestens 20 % aller Land- und Meeresflächen in der EU einzuführen. Eine der Maßnahmen ist es, in mindestens 10% der landwirtschaftlichen Flächen Landschaftselemente zu erhalten oder wieder herzustellen. Die Verantwortung hierfür liegt auch in den Städten und Gemeinden.

Wir fordern:

- Versiegelung in der Stadt begrenzen bzw. verringern
- Grünflächen und Parks in der Stadt naturnäher gestalten (z.B. „Kommunale Grünflächen: vielfältig–artenreich–insektenfreundlich“, Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, München 2020)
- Landschaftselemente in landwirtschaftlich genutzte Flächen durch Beratung und Pacht- und Pflegeverträge mit den Landwirten einbringen
- Landesziel 30 % ökologischen Landbau auch in Heidelberg realisieren
- Waldwirtschaft mit reduziertem Einschlag und mehr Bannwaldgebieten, vor allem in schwierig zu bewirtschaftenden Bereichen. ●

Klassen der Landschaftselemente	Beispiele für Landschaftselemente	Größen
Gehölze	Gehölzstreifen, Bäume in Gruppen, Hecken, Feldgehölze, Ufergehölze	Breite zwischen 1 und 1,20m oder eine Fläche kleiner/gleich 0,5 ha
Grasbewachsene Landschaftselemente	(Dauerhafte oder temporäre) Grün- und Blühstreifen, Böschungen, Pufferstreifen, Brachen	Breite zwischen 1 und 1,20m oder eine Fläche kleiner/gleich 0,5 ha
Feuchte Landschaftselemente	Binnengewässer mit Süßwasser, stehende Kleingewässer	Breite zwischen 1 und 1,20m oder eine Fläche kleiner/gleich 0,5 ha
Steinige Landschaftselemente	Trockensteinmauern, Terrassenelemente, Felsvorsprünge, natürliche oder künstliche Steinhaufen	Breite zwischen 1 und 1,20m oder eine Fläche kleiner/gleich 0,5 ha

Definition von Landschaftselementen

Quelle: Czúcz, Baruth, Terres, et al. (2022)¹⁰

Keine Brücke, keine Seilbahn durch das Naturschutzgebiet „Altneckar HD-Wieblingen“

Bereits 2005 kam das „Schemel-Gutachten“ zu eindeutigen Ergebnissen für die Verkehrssituation im Neuenheimer Feld: Eine Brücke durch den Stadtteil Wieblingen und das Naturschutzgebiet „Altneckar HD-Wieblingen“ wäre die schlechteste aller untersuchten Varianten, sowohl für die Menschen als auch für die Umwelt.

Empfohlen wurde vor allem der Ausbau des ÖPNV und eine konsequente Parkraumbewirtschaftung im Neuenheimer Feld. Es wurde auch klargestellt, dass ein Verkehrsbauwerk in einem Naturschutz- bzw. Flora-Fauna-Habitat-Gebiet rechtlich nicht zulässig ist.

Das Naturschutzgebiet wurde 1987 ausgewiesen und ist seit 2001 als Natura 2000-Gebiet durch die FFH-Richtlinie europaweit geschützt. In der Naturschutzverordnung heißt es: „In den Naturschutzgebieten ist insbesondere verboten

... Straßen, Wege, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen anzulegen, Leitungen zu verlegen oder Anlagen dieser Art zu verändern.“ Trotzdem wurden im Rahmen der Diskussion des Masterplans Im Neuenheimer Feld immer wieder unterschiedliche Verkehrsverbindungen durch das Naturschutzgebiet vorgeschlagen. Aktuell ist eine Seilbahn in der Diskussion, die die S-Bahn-Station Pfaffengrund/Wieblingen mit dem Neuenheimer Feld verbinden soll.

Das Naturschutzgebiet beinhaltet nicht nur die Wasserflächen, die Inseln und die Uferzonen, sondern auch den Luftraum des Gebiets. Zahlreiche Vogel- und Fledermausarten sind dauerhaft oder saisonal hier heimisch oder nutzen das Ge-

biet als Zwischenrast. Hierunter befinden sich eine ganze Reihe gefährdeter oder stark gefährdeter Arten. Im Rhein-Neckar-Raum ist das Naturschutzgebiet das einzige Überwinterungsquartier für Wasservogel aus Nord- und Nordosteuropa.

Die geplante Seilbahntrasse verläuft an der breitesten Stelle des Altneckars, der häufigsten Einflugzone für Schwärme von Wintergästen. Die Kabel in der Luft, aber auch die Gondeln der Seilbahn, würden diese Schneise verkürzen und zu Kollisionen führen. Besonders betroffen wären Störche, Reiher und Wasservogel.

Aus Gründen des Naturschutzes verbietet sich eine Seilbahnquerung durch das Naturschutzgebiet. ●

Nicht über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger entscheiden

Die Bunte Linke steht für eine intensive Beteiligung der Bürger an stadtpolitischen Entscheidungen. Das setzt den Zugang zu Information voraus und die Möglichkeit zur öffentlichen und offenen, kontroversen Diskussion.

Wir fordern:

- eine bürgerfreundliche Auslegung des Informationsfreiheitsgesetzes des Landes Baden-Württemberg, das jeder Bürgerin und jedem Bürger den Zugang zu **amtlichen Informationen erlaubt**.
- die öffentlichen Ausschuss- und die Gemeinderatssitzungen während ihres Verlaufes über die Internetseite der Stadt zu übertragen und zu einem späteren Zeitpunkt den Bürgerinnen und Bürgern in geeigneter Form zugänglich zu machen (Audiodateien).
- besonders wichtige Abstimmungen im Gemeinderat namentlich durchzuführen und die Abstimmungsergebnisse zu veröffentlichen, um es den Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen, das Abstimmungsverhalten der Stadträte nachzuvollziehen.
- für alle Stadträtinnen und Stadträte Einsichtsrecht in Unterlagen beim Abschluss von Verträgen der städtischen Gesellschaften, nicht nur für Mitglieder der Aufsichtsräte.
- die Direktwahl der Bezirksbeiräte, deren direkte Zuständigkeit für bestimmte Aufgaben im jeweiligen Stadtteil und ihre Einbeziehung in Haushaltsberatungen.
- dass der Gemeinderat mit den Stimmen eines Viertels seiner Mitglieder – nicht nur durch Mehrheitsbeschluss – sachkundige Bürgerinnen und Bürger und Expertinnen und Experten zur Beratung zuziehen kann. Entsprechendes gilt für die Bezirksbeiräte.
- dass auch Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger das kommunale Wahlrecht erhalten (Zuständigkeit des Landtages Baden-Württemberg).

Bürgerinitiativen

Wir freuen uns, wenn Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen selbst in die Hand nehmen und sie gegenüber Gemeinderat und Oberbürgermeister nachdrücklich zum Ausdruck bringen. Da solche Initiativen Zeit brauchen, um ihre Ziele zu definieren und sich zu organisieren, ist der häufig vorgebrachte Vorwurf, sie kämen oft zu spät, die Stadtverwaltung habe längst anders geplant, der Gemeinderat habe anders entschieden, in der Regel nicht gerechtfertigt. Auch in einer späten Phase der Planung müssen sie gehört, ihre Argumente berücksichtigt werden. Die Bunte Linke hat sehr häufig mit Bürgerinitiativen zusammengearbeitet, deren Ziele mit ihren eigenen vereinbar waren, und versucht, sie in ihren Anliegen zu unterstützen.

Dies gilt auch für **Bürgerbegehren**. Wir haben das **Bürgerbegehren „Klimaschutz Großer Ochsenkopf“** und das **Bürgerbegehren „Ankunftszentrum“** nach Kräften unterstützt – wie auch die beiden früheren Heidelberger Bürgerentscheide („Kein Verkauf von Sozialwohnungen Emmertsgrund“, „Kein Stadthallenanbau“). Alle Bürgerentscheide waren in der Sache erfolgreich.

Wir sind der Meinung, dass bei einem Bürgerentscheid eine einfache Mehrheit der Abstimmenden ausreichen sollte. Das bestehende „Positiv-Quorum“ von 20% ist zu hoch. Hierbei müssen 20% der Wahlberechtigten mit „Ja“ stimmen. Wäre dieser Maßstab etwa bei der vorletzten OB-Wahl angelegt worden, wäre der amtierende Oberbürgermeister nicht gewählt worden. Die Schweiz und eine Reihe von amerikanischen Bundesstaaten, die Bürgerentscheide kennen, fahren gut mit einer einfachen Mehrheit der Abstimmenden. Hierzu müsste allerdings der Landtag Baden-Württemberg die Gemeindeordnung ändern.

Wir fordern auch, dass Großprojekte ab einem Investitionsvolumen von mehr als 20 Mio. Euro oder bei jährlichen Folgekosten von mehr als 4 Mio. Euro den Bürgerinnen und Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden. Dies kann der Gemeinderat mit 1/3-Mehrheit beschließen. ●

Heidelbergerinnen und Heidelberger, nutzt eure Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung!

Städtische Leitlinien

Nach zwei Bürgerentscheiden gegen Entscheidungen des Gemeinderates, die in der Sache erfolgreich waren (Sozialwohnungen im Emmertsgrund, Stadthallenanbau), setzte der Gemeinderat einen Arbeitskreis ein, der Leitlinien für Bürgerbeteiligung erarbeiten sollte. In einer Reihe von Punkten wurde der Einfluss der Bürgerschaft auf die städtischen Entscheidungen gestärkt. Dazu tragen vor allem bei

- die Vorhabenliste, die alle Vorhaben der Stadt enthält und zwar schon bevor sie im Gemeinderat beraten werden.
- eine Verbindlichkeit der Beteiligungsprozesse, d.h. das Ergebnis des Verfahrens muss konkret in den Entscheidungsprozess des Gemeinderates einfließen.
- das Verfahren kann durch den Gemeinderat, aber auch durch die Bürgerinnen und Bürger selbst eingeleitet werden. Für die ganze Stadt betreffende Fragen bedarf es dabei der Unterschrift von 1000 Wahlberechtigten, bei stadtteilbezogenen Fragen eines Prozentes der Wahlberechtigten des Stadtteils. In diesem Fall wird ein „Koordinationsbeirat“ eingesetzt, der zur Hälfte von der initiativen Bürgergruppe benannt wird.

Diese Beteiligung hat sich bei „offenen“ Entscheidungen bewährt, etwa bei der Diskussion um verkehrslenkende Maßnahmen oder die Entwicklung der meisten Konversionsflächen. Stehen den Bürgerinnen und Bürgern klar definierte wirtschaftliche oder politische Interessen gegenüber, wie etwa bei der Diskussion über ein neues Kongresszentrum, der Bebauung der Konversionsfläche „Patton Barracks“ und des Standorts des neuen Betriebshofes, ist die Bürgerbeteiligung meist nicht ergebnisoffen. Den Bürgerinnen und Bürgern werden dann keine alternativen Lösungen vorgelegt, sondern nur die von der Verwaltungsspitze favorisierten.

Wie wählt man die Bunte Linke?

Alle unsere Kandidatinnen und Kandidaten verdienen Ihre Stimme.

Sie können bei der Kommunalwahl die Liste der Bunten Linken unverändert abgeben. Dann erhält jede bzw. jeder eine Stimme. Sie können aber auch jeder Kandidatin und jedem Kandidaten bis zu drei Stimmen geben (Kumulieren), dürfen dabei allerdings die Gesamtzahl von 48 Stim-

men nicht überschreiten. Sie können auch einzelne unserer Kandidatinnen und Kandidaten auf andere Wahllisten übertragen (Panaschieren). **Wie viele Sitze eine Partei oder Wählergemeinschaft im Gemeinderat erreicht, hängt davon ab, wie viele Stimmen die Liste insgesamt erhält.** Wenn Sie also einen unserer Kandidatinnen und Kandidaten gerne im Gemeinderat sehen würden, können Sie das am besten dadurch erreichen, dass Sie auch anderen auf unserer Liste Stimmen geben. ●

Kommunalwahl 9. Juni



Hilde Stolz 1
EDV-Beraterin,
Weststadt



Birgit Müller-Reiss 2
Historikerin,
Handschuhsheim



Dr. Arnulf Weiler-Lorentz 3
Arzt für Anästhesiologie
i. R., Weststadt



Elsa Becke 4
Künstlerin,
Wieblingen



Karin Weber 5
Verkehringenieurin i. R.,
Rohrbach



Dr. Marcus Götz 6
Physiker,
Geschäftsführer,
Neuenheim



Marion Weber 7
Kaufm. Angestellte,
Bergheim



Heinz Delvos 8
IT-Manager i. R.,
Neuenheim



Ute Giese 9
Gymnasiallehrein i. R.,
Wieblingen



Sylvie Brou 10
Sekretärin,
Handschuhsheim



Roswitha Claus 11
Aussenwirtschafts-
fachkauffrau i. R.,
Neuenheim



Paula Heil 12
Studentin,
Handschuhsheim



Vera Glitscher-Bailey 13
Diplom-Übersetzerin,
Weststadt



Doris Schraube 14
MTA,
Handschuhsheim



Peter Bretthauer 15
Ökonom i.R.,
Weststadt



Heidi Flassak 16
Dipl.-Soz. Päd. (FH) i. R.,
Weststadt



Carmen Hofmeister 17
Pädagogische Fachkraft,
Südstadt



Maria Funke 18
Sonderschullehrerin i. R.,
Altstadt



Christel Apfel 19
Mathematikerin i.R.,
Wieblingen



Vincent Niestroj 20
Auszubildender Jugend-
und Heimerziehung,
Weststadt



Barbara Twardon 21
Geschäftsführerin in
einer Familienpflege-
einrichtung, Rohrbach



Georg Stein 22
Verleger,
Rohrbach



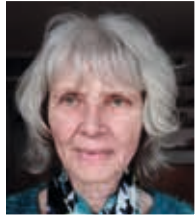
Birgit Vey-Hegemann, 23
Sekretärin i.R.,
Handschuhsheim



Georg Klein 24
Musiker,
Südstadt



Petra Lindenmeyer 25
Bildende Künstlerin,
Südstadt



Brigitte Henkel 26
Rentnerin,
Handschuhsheim



Joachim Dieter Guilliard 27
IT-Berater,
Rohrbach



Dr. Susanne Mayer-Himmelheber 28
Buchhändl. i.R.,
Altstadt



Anni Klein 29
Sonderschullehrerin,
Südstadt



Dieter Strommenger 30
Gymnasiallehrer i. R.,
Altstadt



Anton Kobel 31
Gewerkschaftssekretär
i.R., Diplom Volkswirt,
Rohrbach



Jutta Heil 32
Lehrerin i.R.,
Weststadt



Volker Violet 33
Rentner,
Handschuhsheim



Bernd Gsell 34
Pflegeassistent,
Bergheim



Martina Wolff 35
Sonderschullehrerin,
Bergheim



Nera Vukovic-Bringezu 36
Diplompsychologin i.R.,
Altstadt



Jose Romera Garcia 37
Softwareentwickler,
Südstadt



Orhan Akkaba 38
Berufsbetreuer,
Buchhändler,
Rohrbach



Ian Bailey 39
Lektor,
Weststadt



Sebahat Demiren-Dönmez 40
Hausfrau,
Bergheim



Hartmut Finkenbrink 41
Lektor i.R., Handschuhsheim



Helga Klein 42
Dozentin i. R.,
Neuenheim



Ruth Moser 43
Übersetzerin i. R.,
Handschuhsheim



Susanne Frenzl 44
Orthoptistin,
Weststadt



Andreas Stolz 45
Elektroingenieur, Quali-
tätsmanager, Weststadt



Elisabeth Müller 46
Berufsschullehrerin,
Wieblingen



Luise Reif 47
Lehrerin i. R.,
Handschuhsheim



Renate Kraus 48
Erziehungswissen-
schaftlerin, Rohrbach

Wer wir sind ...


Wir, die Bunte Linke, sind ein lockeres Bündnis von Einzelpersonen und Gruppen, die – ungeachtet verschiedener Anschauungen und Herkunft – der Wille eint, die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung nicht tatenlos hinzunehmen. Wir engagieren uns für die Menschen und das Leben in Heidelberg.

Eine wichtige Voraussetzung für Demokratie und alle Formen der Solidarität ist ausreichend und einladend gestalteter öffentlicher Raum – losgelöst von kommerziellen Interessen. Einer Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und daraus sich ergebender nicht nur finanzieller Abhängigkeiten stellen wir uns entgegen.

Wir erkennen an, dass es Grenzen des Wachstums gibt, im Städtebau, bei den Finanzen, bei Großprojekten, im Verkehr, in der Beanspruchung der Umwelt, in der Belastbarkeit des Miteinanders – nicht aber in der Freiheit des Denkens.

Unser Name ist Programm: Bunte Linke – Bündnis für Solidarität, Demokratie, Umwelt und Frieden.

Übrigens:
Wir treffen uns jeden Dienstag, 20 Uhr, im Laden für Kultur und Politik, Kaiserstr. 62. Wenn Sie Lust haben, bei uns mitzumachen, kommen Sie einfach vorbei oder schreiben Sie uns. Sie erhalten dann regelmäßig Einladungen.



www.bunte-linke.de